

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1: Einleitung</b> .....	1
A. Einführung .....	1
B. Gang der Untersuchung .....	3
<b>Teil I Die ärztliche Schweigepflicht</b>	
<b>§ 2: Die Bedeutung der ärztlichen Schweigepflicht</b> .....	7
A. Der historische Ursprung der ärztlichen Schweigepflicht .....	7
B. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient .....	8
I. Die ärztliche Schweigepflicht und die Informationspflicht gem. § 630c Absatz 1 BGB .....	9
II. Die ärztliche Schweigepflicht und die Volksgesundheit ..	10
C. Fazit .....	11
<b>§ 3: Der Umfang der ärztlichen Schweigepflicht</b> .....	13
A. Zivilrechtlicher Umfang .....	13
I. Keine ausdrücklichen zivilrechtlichen Regelungen zur ärztlichen Schweigepflicht im Gesetz .....	13
II. Die Schweigepflicht als vertragliche Nebenpflicht .....	14
1. Die Schweigepflicht als Rücksichtnahmepflicht .....	15
2. Zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen .....	16
a) Behandelnder im Sinne des § 630a Abs. 1 BGB ...	16
b) Medizinische Behandlung .....	18
3. Die vorvertragliche Schweigepflicht .....	19
4. Einfluss strafrechtlicher und berufsrechtlicher Regelungen auf die nebenvertragliche Schweigepflicht .....	19
III. Die zivilrechtlichen Besonderheiten der Schweigepflicht eines Betriebsarztes .....	20
1. Der Betriebsarzt .....	20
2. Der reduzierte Umfang der Schweigepflicht eines Betriebsarztes .....	21

IV.	Die Schweigepflicht bei auftragslosem ärztlichen Handeln. . . . .	22
V.	Der Schweigepflichtsbruch als unerlaubte Handlung . . . . .	23
B.	Strafrechtlicher Umfang . . . . .	24
I.	Zivilrechtliche Bedeutung der strafrechtlichen Regelungen zur ärztlichen Schweigepflicht. . . . .	25
II.	Von § 203 StGB geschütztes Rechtsgut. . . . .	25
1.	Vorrangiger Schutz des Allgemeininteresses an der Verschwiegenheit einzelner Berufsgruppen . . . . .	25
2.	Vorrangiger oder ausschließlicher Schutz des Individualinteresses . . . . .	27
a)	Vorrangiger Schutz des Individualinteresses . . . . .	27
b)	Ausschließlicher Schutz des Individualinteresses. . . . .	29
3.	Stellungnahme. . . . .	30
a)	Kein ausschließlicher Schutz des Individualinteresses. . . . .	30
b)	Rangfolge der zu schützenden Rechtsgüter . . . . .	31
4.	Fazit. . . . .	32
III.	Der Tatbestand des § 203 StGB. . . . .	32
1.	Der Tatbestand des § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB. . . . .	32
a)	Täter im Sinne des § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB . . . . .	33
aa)	Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker oder Angehörige eines anderen Heilberufs. . . . .	33
bb)	Berufsmäßig tätige Gehilfen. . . . .	35
b)	Tatobjekt des § 203 Abs. 1 StGB . . . . .	36
aa)	Das Geheimnis . . . . .	36
bb)	Fremdheit des Geheimnisses . . . . .	37
cc)	Kenntniserlangung aufgrund der beruflichen Stellung des Täters. . . . .	38
c)	Tathandlung im Sinne des § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB . . . . .	39
aa)	Offenbaren . . . . .	39
(1)	Offenbaren durch Tun . . . . .	39
(2)	Offenbaren durch Unterlassen. . . . .	40
bb)	Unbefugt . . . . .	40
(1)	Darstellung der Ansichten zur systematischen Stellung des Merkmals „unbefugt“ . . . . .	40
(a)	„Unbefugt“ als Tatbestandsmerkmal. . . . .	41
(b)	„Unbefugt“ als ein die Rechtswidrigkeit begründendes Merkmal. . . . .	41
(c)	Das Merkmal „unbefugt“ als „Blankettnorm“ . . . . .	42

	(2) Gesetzentwurf der Bundesregierung zu einem Einführungsgesetz zum StGB . . .	43
	(3) Stellungnahme . . . . .	45
	2. Die Verletzung von Privatgeheimnissen gem. § 203 Abs. 4 StGB nach dem Tod des Betroffenen . . .	45
C.	Berufsrechtlicher Umfang . . . . .	46
I.	Arzt im Sinne des § 9 MBOÄ . . . . .	47
II.	Sachlicher Umfang der Schweigepflicht . . . . .	47
III.	Personeller Umfang der Schweigepflicht . . . . .	48
	1. Die Schweigepflicht gegenüber anderen Ärzten . . . . .	49
	a) Die Schweigepflicht in der Gemeinschaftspraxis, im Krankenhaus und im Praxisverbund . . . . .	50
	b) Die Schweigepflicht des Notarztes . . . . .	51
	2. Die Schweigepflicht gegenüber Angehörigen des Patienten . . . . .	51
	3. Die Schweigepflicht bei Minderjährigen . . . . .	52
	4. Die Schweigepflicht gegenüber Versicherungen . . . . .	54
	a) Die Schweigepflicht gegenüber privaten Versicherungen . . . . .	54
	aa) Situation bis zur Einführung von § 213 VVG . . . . .	55
	bb) Situation nach der Einführung von § 213 VVG . . . . .	56
	b) Die Schweigepflicht gegenüber gesetzlichen Versicherungen . . . . .	57
IV.	Der zeitliche Umfang der Schweigepflicht . . . . .	59
	1. Die Schweigepflicht des Arztes nach dem Tod des Patienten . . . . .	59
	2. Das postmortale Einsichtsrecht der Erben und der Angehörigen . . . . .	60
V.	Unterschiede zwischen § 9 MBOÄ und § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB . . . . .	60
D.	Der Arzt als gerichtlicher Sachverständiger . . . . .	62
E.	Fazit . . . . .	63
	I. Regelungen zur ärztlichen Schweigepflicht . . . . .	63
	II. Mehrere ärztliche Schweigepflichten? . . . . .	63

## Teil II Der gerechtfertigte Bruch der ärztlichen Schweigepflicht

<b>§ 4:</b>	<b>Die Arzthaftung wegen des Bruchs der Schweigepflicht</b> . . . . .	67
A.	Vertragliche Haftung . . . . .	67
I.	Tatbestandsvoraussetzungen der vertraglichen Haftung . . .	67
	1. Schuldverhältnis und Pflichtverletzung . . . . .	68
	2. Vertretenmüssen der Pflichtverletzung . . . . .	69
	a) Vermutetes Vertretenmüssen . . . . .	69
	b) Zurechnung des Verhaltens Dritter . . . . .	70

3.	Rechtswidrigkeit . . . . .	70
II.	Ersatzfähiger kausaler Schaden . . . . .	71
1.	Unwiderruflichkeit eines unbefugten Offenbarens . . . . .	71
2.	Immaterieller Schadensersatz . . . . .	72
B.	Vertragsähnliche Haftung . . . . .	73
C.	Deliktische Haftung . . . . .	74
I.	Haftung gem. § 823 Abs. 1 BGB . . . . .	74
II.	Haftung gem. § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 203 Abs. 1 Nr. 1 StGB . . . . .	76
III.	Haftung gem. § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 9 MBOÄ . . . . .	76
1.	Rechtsnormen aus Berufsordnungen als Schutzgesetze? . . . . .	76
2.	§ 9 MBOÄ als Schutzgesetz i. S. d. § 823 Abs. 2 BGB? . . . . .	78
D.	Quasinegatorischer Unterlassungsanspruch . . . . .	79
<b>§ 5:</b>	<b>Die Rechtfertigung des Bruchs der Schweigepflicht . . . . .</b>	<b>81</b>
A.	Das Recht zur Offenbarung von Patientengeheimnissen . . . . .	81
I.	Die Entbindung von der Schweigepflicht . . . . .	82
1.	Rechtsnatur . . . . .	82
2.	Tatbestandsausschließende oder rechtfertigende Wirkung . . . . .	82
3.	Der Berechtigte . . . . .	84
4.	Die Voraussetzungen einer Schweigepflichtentbindung . . . . .	85
a)	Aufklärung . . . . .	85
b)	Freiwilligkeit und Kenntnis . . . . .	85
c)	Die Schweigepflichtentbindungserklärung . . . . .	86
aa)	Die ausdrückliche oder konkludente Schweigepflichtentbindungserklärung . . . . .	86
bb)	Die mutmaßliche Einwilligung des Patienten . . . . .	86
cc)	Die mutmaßliche Einwilligung nach dem Tod des Patienten . . . . .	87
5.	Umfang und Reichweite der Schweigepflichtentbindung . . . . .	89
II.	Rechtfertigender Notstand . . . . .	89
1.	Voraussetzungen . . . . .	90
a)	Notstandslage . . . . .	90
b)	Notstandshandlung . . . . .	91
aa)	„Nicht anders abwendbar“ . . . . .	92
bb)	Interessenabwägung . . . . .	92
cc)	Angemessenheit des Mittels . . . . .	93
2.	Bruch der Schweigepflicht im Interesse des Patienten . . . . .	93

3.	Bruch der Schweigepflicht im Interesse Dritter . . . . .	95
a)	Infektionskrankheiten . . . . .	95
aa)	Das Urteil des LG Braunschweig vom 2.11.1989. . . . .	95
bb)	Das Urteil des OLG Frankfurt a. M. vom 5.10.1999. . . . .	96
cc)	Zusammenfassung. . . . .	97
b)	Kindesmisshandlung und Kindesmissbrauch. . . . .	97
aa)	Das Urteil des KG Berlin vom 27.6.2013. . . . .	97
bb)	Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung. . . . .	98
4.	Bruch der Schweigepflicht im Allgemeininteresse . . . . .	99
a)	Fahruntüchtige oder psychisch kranke Patienten . . . . .	99
b)	Der Flugzeugabsturz der Germanwingsmaschine vom 24.3.2015. . . . .	100
aa)	Der Sachverhalt. . . . .	101
bb)	Die Beurteilung der medizinischen Tauglichkeit von Piloten . . . . .	102
(1)	Die Zivilluftfahrtsverordnung . . . . .	102
(2)	Die Ausstellung eines Tauglichkeitszeugnisses. . . . .	103
cc)	Vor dem Flugzeugabsturz . . . . .	104
dd)	Nach dem Flugzeugabsturz. . . . .	107
ee)	Bestrebungen zur Lockerung der ärztlichen Schweigepflicht bei „sensiblen“ Berufen . . . . .	107
5.	Die ärztliche Schweigepflicht und Straftäter. . . . .	109
III.	Berechtigte Eigeninteressen des Arztes. . . . .	110
B.	Gesetzlich normierte Auskunfts- und Offenbarungspflichten . . . . .	111
I.	Anzeigepflicht bei geplanten Straftaten. . . . .	111
II.	Meldepflichten nach dem Infektionsschutzgesetz. . . . .	112
III.	Sonstige Auskunfts-, Offenbarungs- und Meldepflichten . . . . .	113
IV.	Informationspflichten gem. § 630c Abs. 1 und Abs. 2 BGB als Offenbarungspflichten? . . . . .	113
1.	Information über alle relevanten Umstände gem. § 630c BGB . . . . .	114
2.	Mitwirkung des Behandelnden gem. § 630c Abs. 1 BGB . . . . .	115
3.	Abgrenzung von § 630c Abs. 2 BGB zu § 630e BGB. . . . .	116
4.	Informationspflicht gem. § 630c Abs. 2 S. 1 BGB . . . . .	117
a)	Der Umfang der therapeutischen Informationspflicht bzw. Sicherungsaufklärung. . . . .	118
b)	§ 630c Abs. 2 S. 1 BGB als Offenbarungspflicht? . . . . .	119
aa)	Rechtsprechung zur Sicherungsaufklärung. . . . .	120
bb)	Pflicht zur Mitteilung einer für die Behandlung relevanten Tatsache . . . . .	121

5. Die Pflicht zur Offenbarung eigenen oder fremden Fehlverhaltens . . . . .	122
<b>Teil III Gesetzlich nicht normierte ärztliche Auskunfts- und Offenbarungspflichten</b>	
<b>§ 6: Einführung . . . . .</b>	<b>127</b>
<b>§ 7: Vertragliche Offenbarungspflicht . . . . .</b>	<b>131</b>
A. Offenbarungspflicht als Leistungspflicht gem. § 241 Abs. 1 BGB? . . . . .	131
B. Offenbarungspflicht als Nebenpflicht gem. § 241 Abs. 2 BGB. . . . .	132
I. Nebenpflichten gem. § 241 Abs. 2 BGB . . . . .	132
1. Konkretisierung von § 241 Abs. 2 BGB . . . . .	133
2. Hinreichende Bestimmtheit von § 241 Abs. 2 BGB? . . . . .	134
3. Fazit: § 241 Abs. 2 BGB weist auf Nebenpflichten hin. . . . .	134
II. Die Herleitung einer Offenbarungspflicht gem. § 241 Abs. 2 BGB . . . . .	135
1. Grundsätzliches zu den Offenbarungspflichten gem. § 241 Abs. 2 BGB . . . . .	135
2. Voraussetzungen für die Begründung einer Offenbarungspflicht gem. § 241 Abs. 2 BGB. . . . .	136
3. Ärztliche Offenbarungspflicht gem. § 241 Abs. 2 BGB . . . . .	138
a) Nebenpflicht zur Offenbarung beim Behandlungsvertrag. . . . .	138
b) Übertragung der Voraussetzungen aus dem Kaufrecht auf das Arztrecht . . . . .	139
c) Nichtiger Behandlungsvertrag gem. § 134 BGB? . . . . .	140
d) Grundsätzliche Voraussetzungen einer ärztlichen Offenbarungspflicht. . . . .	141
e) Behandlungsvertrag oder Behandlungsverhältnis . . . . .	142
C. Offenbarungspflicht als Nebenpflicht gegenüber Dritten. . . . .	142
I. Wirkung des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter . . . . .	143
II. Den einbezogenen Dritten betreffende Auskunfts- und Offenbarungspflichten . . . . .	144
1. Das Urteil des BGH vom 14.6.2005 . . . . .	144
2. Das Urteil des LG Köln vom 26.2.1986 . . . . .	145
3. Das Urteil des BGH vom 27.6.1995 . . . . .	146
4. Zusammenfassung . . . . .	146
III. Voraussetzungen . . . . .	147
<b>§ 8: Gebotenes durch gerechtfertigtes Handeln . . . . .</b>	<b>149</b>
A. Der Ausgangspunkt: Das Urteil des OLG Frankfurt a. M. vom 5.10.1999 . . . . .	149
B. § 34 StGB als Gebotsnorm? . . . . .	152

I.	Rechtfertigende Wirkung von § 34 StGB .....	153
II.	Verpflichtende Wirkung von § 34 StGB? .....	154
1.	Der Wortlaut der Norm .....	154
2.	Die Güterabwägung in § 34 StGB .....	155
a)	Der Zweck der Norm .....	155
b)	Wesentliches Überwiegen des geschützten Interesses. ....	156
aa)	Die Bedeutung des Merkmals „wesentlich“ ..	156
bb)	Das Merkmal „wesentlich“ als Argument gegen ein Handlungsgebot gem. § 34 StGB ...	158
III.	Ergebnis .....	159
<b>§ 9:</b>	<b>Garantenpflicht zur Offenbarung</b> .....	161
A.	Abgrenzung der Garantenstellung zur Verkehrspflicht. ....	162
B.	Garantenpflicht zur Offenbarung kraft Übernahme der Behandlung .....	163
I.	Handlungspflicht aus übernommener oder zu übernehmender Fürsorge .....	163
II.	Offenbarungspflicht durch die Übernahme der Behandlung .....	164
1.	Keine Offenbarungspflicht außerhalb der Behandlung .....	164
2.	Offenbarungspflicht während der Behandlung .....	165
C.	Vertraglich basierte Garantenpflicht zur Offenbarung .....	166
D.	Ergebnis .....	167
<b>§ 10:</b>	<b>Verkehrspflicht zur Offenbarung</b> .....	169
A.	Verkehrspflichten .....	169
I.	Entstehung von Verkehrspflichten .....	169
II.	Weiterentwicklung der Verkehrssicherungspflicht. ....	170
B.	Berufspflichten als Verkehrspflichten .....	171
I.	Die ärztliche Berufspflicht .....	171
II.	Die Warnpflicht zur Erfüllung einer Verkehrspflicht .....	173
C.	Das Urteil des BGH vom 22.1.1960 .....	173
D.	Stellungnahme .....	175
E.	Zusammenfassung .....	177
<b>§ 11:</b>	<b>Verfassungsrechtlich basierter Auskunftsanspruch</b> .....	179
A.	Unmittelbare verfassungsrechtliche Auskunftsansprüche .....	179
I.	Der Auskunftsanspruch der Presse gem. Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG .....	179
II.	Unmittelbarer verfassungsrechtlicher Auskunftsanspruch gegenüber einem Arzt? .....	181
B.	Verfassungsprivatrecht: Mittelbarer verfassungsrechtlicher Auskunftsanspruch .....	182
I.	„Ausstrahlungswirkung“ der Grundrechte – Schutzpflichten des Staates. ....	182

II.	Verfassungsrechtlich basierter Auskunftsanspruch gem. § 242 BGB . . . . .	183
1.	§ 242 BGB als „Einbruchsstelle“ der Grundrechte . . . . .	183
2.	Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	184
3.	Auskunftsanspruch vs. nebenvertragliche Offenbarungspflicht . . . . .	185
<b>§ 12:</b>	<b>„Recht auf Nichtwissen“ als Grenze der ärztlichen Offenbarungspflicht?</b> . . . . .	189
A.	Das Urteil des BGH vom 20.5.2014 . . . . .	189
B.	Verletzung des „Rechts auf Nichtwissen“ durch Mitteilung einer genetischen Veranlagung . . . . .	191
I.	Abstrakte Kenntnis als Voraussetzung einer Verletzung . . . . .	191
II.	Stellungnahme . . . . .	191
C.	Das Recht auf Nichtwissen als allgemeine Mitteilungsgrenze? . . . . .	192
<b>§ 13:</b>	<b>Fallgruppen.</b> . . . . .	195
A.	Die gesetzlich nicht normierte Pflicht des Arztes zur Offenbarung einer Infektionskrankheit. . . . .	195
I.	Einführung in die Problematik. . . . .	195
1.	HIV und andere Infektionskrankheiten . . . . .	195
a)	Bisherige nahezu ausschließlich auf den HI-Virus/AIDS-Erkrankung beschränkte Diskussion. . . . .	195
b)	Infektionskrankheiten im Allgemeinen . . . . .	196
2.	Stellungnahme zu Strybnys Ansicht zum Urteil des OLG Frankfurt am Main vom 5.10.1999 . . . . .	197
II.	Die Pflicht des Arztes zur Offenbarung einer Infektionskrankheit eines Patienten gegenüber einem anderen Patienten . . . . .	198
1.	Die vertragliche Nebenpflicht zur Offenbarung einer Infektionskrankheit . . . . .	199
a)	Wissensgefälle zwischen Arzt und Patient . . . . .	199
b)	Erkennbarkeit des Wissensgefälles. . . . .	200
c)	Entscheidungserheblichkeit der Tatsache. . . . .	200
aa)	Entscheidungserheblichkeit für Arbeitskollegen . . . . .	201
bb)	Entscheidungserheblichkeit für Verwandte und Freunde . . . . .	202
d)	Schutzwürdigkeit des Interesses. . . . .	203
e)	Keine entgegenstehenden Regelungen. . . . .	204
f)	Zusammenfassung. . . . .	205
2.	Die Verkehrspflicht zur Offenbarung einer Infektionskrankheit . . . . .	206
a)	Herleitung einer Offenbarungspflicht aus den in der Tierarztentscheidung entwickelten Grundgedanken. . . . .	206

b)	Weiterentwicklung der ärztlichen Berufspflicht. ....	208
aa)	Das Inverkehrbringen einer verseuchten Blutkonserve .....	208
bb)	Stellungnahme.....	210
c)	Zusammenfassung.....	212
3.	Die Garantenpflicht zur Offenbarung einer Infektionskrankheit .....	212
a)	Garantenstellung: Behandlungsvertrag oder Fürsorgeverhältnis .....	212
b)	Unterschied gegenüber der Verkehrspflicht zur Offenbarung.....	213
III.	Die Pflicht des Arztes zur Offenbarung einer Infektionskrankheit eines Patienten gegenüber einem Dritten .....	214
1.	Leistungsnähe zur Behandlung .....	214
2.	Gläubignähe zum infizierten Patienten.....	215
3.	Erkennbarkeit für den Arzt .....	215
4.	Schutzbedürftigkeit des Dritten .....	216
IV.	Anspruch gegen den Arzt auf Auskunftserteilung über die Infektionserkrankung eines Dritten .....	216
1.	Praktische Bedeutung .....	217
2.	Unwirksamkeit eines konstruierten Behandlungsvertrages .....	217
3.	„Nur mit Hilfe dieser Auskunft“? .....	218
V.	Zusammenfassung .....	218
B.	Die Pflicht des Arztes zur Mitteilung der Schwangerschaft eines minderjährigen Mädchens an dessen gesetzliche Vertreter .....	219
I.	Einführung in die Problematik.....	219
1.	Ausgangspunkt: Das Urteil des LG Köln vom 17.9.2008.....	219
2.	Schwangerschaftsabbruch: Einwilligungsfähigkeit des Mädchens.....	221
3.	Rechte und Pflichten der Eltern einer minderjährigen Mutter .....	223
a)	Unterhaltspflicht der Eltern.....	223
b)	Elterliches Sorgerecht.....	224
c)	Zusammenfassung.....	224
II.	Die Pflicht zur Offenbarung einer Schwangerschaft als vertragliche Nebenpflicht.....	225
1.	Vertrag zwischen dem Arzt und den Eltern.....	225
2.	Erkennbares Wissensgefälle .....	225
3.	Entscheidungserheblichkeit.....	226
a)	Die Personensorge.....	226
b)	Die Vermögenssorge.....	227
4.	Schutzwürdigkeit der Offenbarung.....	227

a)	Grundsätzliche Schutzwürdigkeit des elterlichen Personensorgerechts? .....	227
b)	Differenzierung nach dem Zeitpunkt des Verlaufs der Schwangerschaft .....	228
5.	Keine entgegenstehenden Regelungen .....	229
6.	Zusammenfassung .....	230
III.	Auskunftsanspruch der Eltern gegen den Arzt .....	230
1.	Darstellung der Ansicht Schröders .....	231
2.	Auskunftsanspruch gem. § 242 BGB .....	231
a)	Sonderverbindung und entschuldbares Unkenntnis ..	231
b)	Erforderlichkeit der Auskunft .....	232
c)	Zumutbarkeit und Kenntnis bzw. Ermittelbarkeit der Tatsache .....	233
aa)	Das Recht auf freie Berufsausübung .....	233
bb)	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Mädchens .....	234
(1)	Ausübung des Personensorgerechts. ....	234
(2)	Abwägung .....	235
3.	Zusammenfassung .....	236
C.	Die Pflicht des Arztes zur Mitteilung der Identität eines Samenspenders .....	237
I.	Einführung .....	237
II.	Wegweisende Entscheidungen in der Rechtsprechung ...	238
1.	Das Urteil des OLG Hamm vom 6.2.2013 .....	238
2.	Das Urteil des BGH vom 28.1.2015 .....	239
III.	Stimmen aus der Literatur .....	240
IV.	Stellungnahme .....	242
1.	Stellungnahme zu den Urteilen und der Kritik aus der Literatur .....	242
2.	Normierung des Auskunftsanspruchs .....	243
D.	Die Pflicht des Arztes zur Mitteilung des möglichen Ausbruchs einer Erbkrankheit .....	244
I.	Ausgangspunkt: Das Urteil des BGH vom 20.5.2014. ....	244
II.	Stimmen aus der Literatur .....	245
III.	Die Pflicht zur Mitteilung einer letalen Erbkrankheit als vertragliche Nebenpflicht. ....	246
1.	Voraussetzungen einer nebenvertraglichen Offenbarungspflicht .....	246
a)	Erkennbares Wissensgefälle und Entscheidungserheblichkeit .....	246
b)	Schutzbedürftiges Interesse und keine entgegenstehenden Regelungen .....	247
2.	Kein entgegenstehendes „Recht auf Nichtwissen“ ...	248
3.	Empfänger der Mitteilung .....	249
IV.	Zusammenfassung .....	249

<b>§ 14: Die rechtlichen Folgen einer unterlassenen Offenbarung</b> . . . . .	251
A. Haftung . . . . .	251
I. Vertragliche Haftung . . . . .	251
1. Unterlassene nebenvertragliche Offenbarungspflicht. . . . .	251
2. Verstoß gegen Auskunftspflicht. . . . .	252
II. Deliktische Haftung. . . . .	252
1. Verkehrspflichtverletzung . . . . .	252
2. Verletzung einer zivilrechtlichen Garantienpflicht. . . . .	253
III. Ersatzfähige kausale Schäden . . . . .	253
B. Strafbarkeit . . . . .	254
I. Spannung zwischen Unterlassensstrafbarkeit und Verletzung von Privatgeheimnissen . . . . .	254
II. Garantienstellung . . . . .	255
1. Garantienstellung kraft Übernahme einer Behandlung. . . . .	256
a) Garantienstellung aufgrund der „Schutzfunktion“ des Arztes. . . . .	256
b) Garantienstellung durch Ingerenz . . . . .	257
c) Keine über die eigentliche Behandlung hinausgehende Garantienpflicht. . . . .	257
d) Garantienpflicht zur Offenbarung während der eigentlichen Behandlung. . . . .	259
2. Vertragliche Garantienpflichten im Strafrecht . . . . .	259
a) Die Entstehung von Garantienstellungen im Strafrecht . . . . .	260
aa) Annahme einer vertraglichen Garantienstellung im Strafrecht . . . . .	261
bb) Ablehnung einer vertraglichen Garantienstellung im Strafrecht . . . . .	263
b) Stellungnahme: keine Strafbarkeit wegen unterlassener Offenbarung. . . . .	264
aa) Entwicklungen in der jüngeren Rechtsprechung. . . . .	265
bb) Unsicherheit durch zivilrechtliche Rechtsmängel . . . . .	266
cc) Unterschiedliche Ergebnisse im Zivilrecht und Strafrecht möglich und erwünscht. . . . .	266
(1) § 241 Abs. 2 BGB und das strafrechtliche Bestimmtheitsgebot. . . . .	266
(2) Das Strafrecht als Sanktion ultima ratio. . . . .	268
C. Ergebnis . . . . .	268
<b>Teil IV Schlussbetrachtung</b>	
<b>§ 15: Schlussbetrachtung</b> . . . . .	273
<b>Literatur</b> . . . . .	277